

Boysen-Hogrefe, Jens

Article

Zur Rolle der Finanzpolitik angesichts der ausgeprägten Schwäche der deutschen Wirtschaft: Ein europäischer Vergleich

Kiel Insight, No. 2024.13

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boysen-Hogrefe, Jens (2024) : Zur Rolle der Finanzpolitik angesichts der ausgeprägten Schwäche der deutschen Wirtschaft: Ein europäischer Vergleich, Kiel Insight, No. 2024.13, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/308146>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Rolle der Finanzpolitik angesichts der ausgeprägten Schwäche der deutschen Wirtschaft: Ein europäischer Vergleich

Jens Boysen – Hogrefe

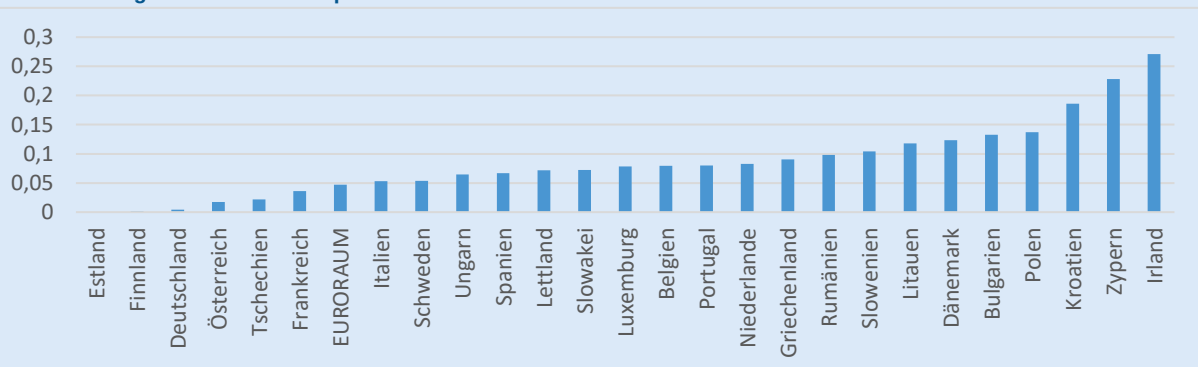
Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ist seit dem Jahr 2019 kaum gestiegen, während viele andere Länder der EU deutlich expandierten (Abbildung 1). Da aktuell die Finanzierungsdefizite in vielen Ländern der Europäischen Union und insbesondere im Euroraum deutlich größer sind als die in Deutschland, stellt sich die Frage, welchen Anteil die Finanzpolitik an der Divergenz hat. Als Referenzpunkt wird hier das Jahr 2019 gewählt, da damals die Ergebnisse der öffentlichen Haushalte nicht durch die Schocks der Corona-Pandemie und der Energiekrise beeinträchtigt waren. Für das Jahr 2024 wiederum dürften spezifische Maßnahmen in Reaktion auf diese beiden Krisen keinen bedeutenden direkten Einfluss mehr auf das Budget der Mitgliedsländer nehmen.

Der Budgetsaldo hat sich in allen Mitgliedsländern außer Irland, Portugal, Spanien und Zypern im Jahr 2024 verglichen zum Jahr 2019 ausweislich der aktuellen Projektionen der EU-Kommission verschlechtert (Abbildung 2). Bemerkenswerterweise haben alle diese Länder in der Eurokrise in der einen oder anderen Form Hilfen der Rettungsschirme in Anspruch genommen. Der Budgetsaldo im Euroraum insgesamt weist ein um 2,5 Prozentpunkte höheres Defizit auf. Der Budgetsaldo Deutschlands hat sich sogar um 3,5 Prozentpunkte verschlechtert. Dieser stärkere Rückgang ist auch Ausdruck der derzeit schwächeren Konjunktur. Um dem Rechnung zu tragen, kann die Entwicklung des (um konjunkturelle Einflüsse bereinigten) strukturellen Primärsaldos in Betracht gezogen werden, der als ein Maß für die Ausrichtung der Finanzpolitik gilt. Hier zeigt sich für Deutschland ein etwas stärkerer Rückgang als für den Euroraum insgesamt. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass der übrige Euroraum insgesamt relativ zur Wirtschaftsleistung auch größere Transfers aus dem NextGenerationEU-Programm erhalten hat als Deutschland. Hätten die Budgets der anderen Euroraum-Länder eine Unterstützung erhalten, die den Zahlungen an Deutschland entsprochen hätte, wäre bei ansonsten gleichen Einnahmen und Ausgaben der Wert für die Differenz des strukturellen Primärsaldos zwischen den Jahren 2024 und 2019 in etwa identisch gewesen.

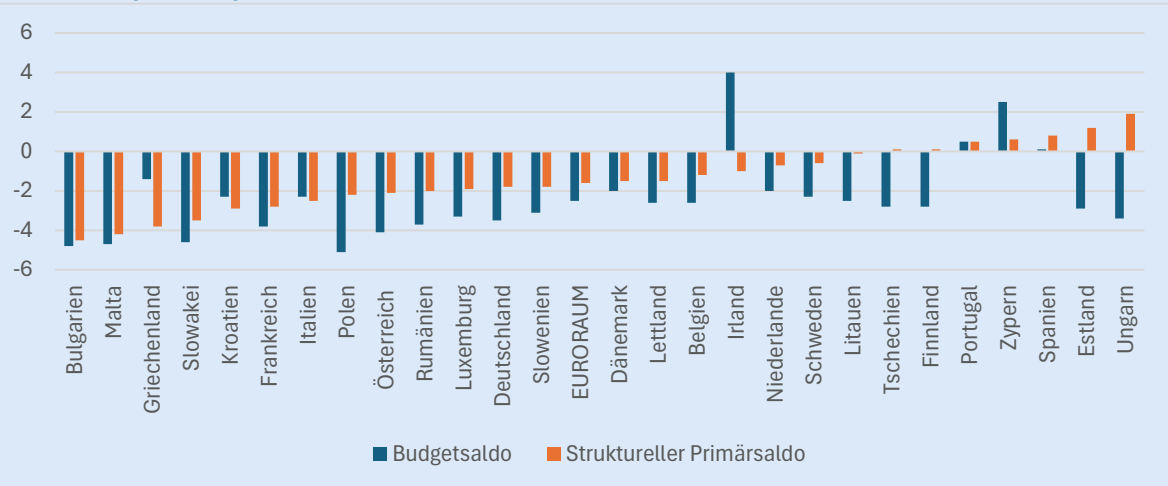
Die Einnahmequoten in Deutschland sowie im Euroraum haben sich gegenüber dem Jahr 2019 kaum verändert. Die Veränderung des Budgetsalden korrespondiert somit vollständig mit dem Anstieg der Staatsausgabenquoten (Abbildung 3). Dieser Anstieg ist nur zu einem geringen Teil auf höhere Zinszahlungen zurückzuführen. Zusammen mit dem Befund zum strukturellen Primärsaldo lässt sich somit festhalten, dass sowohl in Deutschland als auch im Euroraum insgesamt die Staatstätigkeit relativ zur Wirtschaftsleistung merklich ausgeweitet wurde. Dies lässt sich auch an den deutlich gestiegenen Anteilen des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt feststellen (Abbildung 4). Nur in Dänemark und Zypern ist der Anteil gesunken. Mit Blick auf die Länder des Euroraums ist der Anteil nur in kleineren Ländern wie Estland, Finnland oder Slowenien stärker gestiegen als in Deutschland.

In der Summe hat sich der Expansionsgrad der Finanzpolitik in Deutschland kaum anders als im übrigen Euroraum verändert. Zugleich ist die Rolle des Staates für die deutsche Wirtschaft und für den übrigen Euroraum größer geworden. Die Staatsquote ist auch bereinigt um konjunkturelle Effekte gestiegen, und der Staatskonsum nimmt einen größeren Teil der Produktion in Anspruch.

Abbildung K4-1:
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts zwischen 2019 und 2024



Preisbereinigt. Differenz zwischen 2024 und 2019 in Prozent.
Quelle: AMECO, Berechnungen des IfW Kiel

Abbildung K4-2:**Veränderung der Budgetsalden der Länder der EU zwischen 2019 und 2024**

Differenz zwischen 2024 und 2019 in Prozentpunkten relativ zum Bruttoinlandsprodukt.
 Quelle: AMECO, Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung K4-4:**Veränderung des Anteils des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt in Ländern der EU zwischen 2019 und 2024**

Differenz zwischen 2024 und 2019 in Prozentpunkten relativ zum Bruttoinlandsprodukt.
 Quelle: AMECO, Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung K4-3:**Veränderung der Staatsausgabenquoten der Länder der EU zwischen 2019 und 2024**

Differenz zwischen 2024 und 2019 in Prozentpunkten relativ zum Bruttoinlandsprodukt.
 Quelle: AMECO, Berechnungen des IfW Kiel.